

Nein zur Vollgeldinitiative

Planwirtschaftliches Experiment gefährdet den Standort Schweiz

Banken sollen neu 100% ihrer Kredite mit Basisgeld der Schweizerischen Nationalbank (SNB) hinterlegen müssen. Damit wollen die Initianten verhindern, dass Geschäftsbanken bei der Vergabe von Krediten „neues Geld schöpfen“ (eine sogenannte Bilanzverlängerung: Guthaben und Schulden der Bank steigen simultan). Dies käme einer faktischen Verstaatlichung des heutigen Kreditgeschäfts der Banken nahe.

Hauptbotschaften der FDP

- › Die Initiative **bedroht den Arbeitsplatz**: Durch die planwirtschaftliche und zentralisierte Steuerung der Kreditversorgung besteht die permanente Gefahr einer **Kreditklemme**. Banken könnten Kredite nicht mehr lokal vergeben und auch nicht auf die Bedürfnisse der Kunden eingehen. Unternehmen müssen damit rechnen, nicht rechtzeitig an Geld zu kommen. Das gefährdet den Arbeitsplatz und setzt Arbeitsplätze aufs Spiel.
- › Der **Systemwechsel stellt die Zukunft des Finanzplatzes in Frage**: Die Reaktion der Finanzmärkte auf das Vollgeldsystem ist nicht abschätzbar. Diese Unsicherheit gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes und die Attraktivität des Standorts Schweiz.
- › Die Initiative **schränkt die unternehmerische Freiheit unverhältnismässig ein**: Das Universalbankenmodell, welches viele Banken erfolgreich praktizieren, wäre infrage gestellt. Die Initiative schreibt den Banken faktisch ihr Geschäftsmodell vor und greift massiv in die Wirtschaftsfreiheit ein.
- › Die Initiative **gefährdet die Unabhängigkeit der SNB**: Die SNB würde in eine neue, planwirtschaftliche Rolle gezwungen (die sogenannte „Monetative“). Die Verteilung ihrer Geldschöpfungsgewinne würde politische Begehrlichkeiten wecken und dadurch ihre Unabhängigkeit gefährden.

Die Schwächen der Initiative

- › Der **Nutzen** der Initiative ist **nicht ersichtlich**: Es gibt überhaupt keine Garantie, dass sie zukünftige Finanzkrisen verhindern kann. Die Geldschöpfung durch Kreditbanken war nur ein Faktor in der Finanzkrise. Die Verschuldung privater Haushalte und der Staaten waren mindestens so wichtig.
- › Die **Einführung** des Experiments Vollgeldsystem ist sehr **riskant**: Die heutigen Universalbanken verfügen über enorme Bilanzen mit Kunden auf der ganzen Welt. Das macht die Sache sehr kompliziert. Erfahrungswerte gibt es keine. Geht etwas schief, wäre der Schaden für die ganze Volkswirtschaft enorm.

Taugliche Rezepte für einen sicheren Finanzplatz

- › Im Rahmen der „**Too-Big-To-Fail**“ Vorlage hat die Politik bereits 2011 die **Lehren aus der Finanzkrise** gezogen. Mit einer Reihe von Massnahmen wurde die Sicherheit des Finanzplatzes gestärkt (Stärkung der Eigenmittelbasis, strengere Liquiditätsanforderungen, bessere Risikodiversifikation sowie organisatorische Massnahmen bei drohender Insolvenz, damit der Zahlungsverkehr aufrecht erhalten werden kann). Im Unterschied zur Initiative stehen die bestehenden Massnahmen aber weder im Widerspruch mit internationalen Standards, noch gefährden sie die Wettbewerbsfähigkeit.
- › Strenge **Eigenkapitalvorschriften**: Die Anforderungen an Eigenkapital und Liquidität schränken bereits heute die Geldschöpfung der Kreditbanken ein. Sie minimieren das Risiko einer Finanzkrise und machen die Banken widerstandsfähiger - ohne negative Folgen für den Finanz- und Arbeitsplatz.

- › **Einlagenschutz:** Der Einlagenschutz schützt Bankkunden auch im Falle einer Krise wirksam und bis zu 100'000 Franken. Dadurch kann ein „Bank-run“ effizienter verhindert werden als mit dem Experiment Vollgeld-Initiative.
- › Die **Zinspolitik** der SNB: Sie ist bereits heute ein effizientes Mittel, welches der SNB erlaubt, die Geldschöpfung der Banken zu steuern. Zudem garantiert die SNB damit die Preisstabilität. Das ist auch ihre Hauptaufgabe. Müsste die SNB zusätzlich die Rolle eines planwirtschaftlichen Kreditinstituts („Monetative“) übernehmen, würde das zu Zielkonflikten führen und sie von ihrem eigentlichen Auftrag abbringen.